



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Volkszählung ist rechtens: Frieser begrüßt Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Zensus 2011 - Datenschutz gewährleistet

Nürnberg, 4.10.10
Bezug:
Anlagen:

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.
de

Der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Zensusgesetz 2011, der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Michael Frieser, begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Verfassungsbeschwerden gegen das Zensusgesetz nicht anzunehmen. „Deutschland braucht eine aktuelle Volkszählung. Die letzte in der Bundesrepublik fand 1987, in der ehemaligen DDR sogar schon 1981 statt. Ein schlichtes Fortschreiben der damals erhobenen Daten führt zwangsläufig zu immer ungenaueren Ergebnissen. Gerade in Zeiten knapper Kassen und der Notwendigkeit, Projekte so bedarfsgenau wie möglich zu planen, sind aber exakte und belastbare Datengrundlagen notwendig“, so der Abgeordnete.

Der Zensus-Berichterstatter der Unionsfraktion sieht mit der Entscheidung aus Karlsruhe auch seine Auffassung bestätigt, dass der Datenschutz im Zensusgesetz umfänglich gewahrt ist. „Laut Volkszählungsurteil dürfen Einzeldaten der Einwohnerinnen und Einwohner von der amtlichen Statistik nie weitergegeben werden, auch nicht für Verwaltungszwecke an andere staatliche Stellen. Beim Zensus 2011 ist dieses Rückspielverbot ebenfalls im Zensusgesetz 2011 geregelt. Damit ist sichergestellt, dass keine Einzeldaten den geschützten Bereich der amtlichen Statistik verlassen“, so der CSU-Innenexperte.

Der Zensus 2011 findet kommendes Jahr mit dem Stichtag 9.5.2011 statt. Neben einer stichprobenartigen Befragung von Haushalten ist eine bundesweite Gebäude- und Wohnungszählung vorgesehen. Neben Eigentümern sind auch Verwalter auskunftspflichtig. Die Ergebnisse des Zensus 2011 werden die Basisdaten für vielfältige Analysen liefern, die wiederum die Grundlage für viele Entscheidungen bei der Infrastrukturplanung darstellen: So ist es zum Beispiel wichtig, genau zu wissen, ob eher Kindergartenplätze, Schulen oder Altenheime benötigt werden. Dazu braucht man aktuelle und verlässliche Daten.



Doch die Daten, die in Deutschland zur Verfügung stehen, sind nicht aktuell.

Der Zensus verfolgt zwei Ziele. Ganz wichtig ist die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen Deutschlands. Ob Länderfinanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise, die Stimmenverteilung der Bundesländer im Bundesrat oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament – all das hängt von aktuellen Einwohnerzahlen ab. Auch eine ganze Reihe von Statistiken basieren darauf, so zum Beispiel die Berechnung des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf.

Ein zweites wesentliches Ziel des Zensus ist es, Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben zu gewinnen. Wie viele Erwerbstätige gibt es, wie viele Menschen davon sind selbstständig? Wo werden in den kommenden Jahren wie viele Kinder eingeschult? Wie viele Wohnungen gibt es in Deutschland und wie sind sie ausgestattet? Um diese Fragen zu beantworten, braucht man genaue und aktuelle Strukturdaten, die nur ein Zensus liefert.

Die Republik hat sich verändert – die Datenbasis nicht. Die letzte vollständige Erhebung für das frühere Bundesgebiet fand 1987 statt, in der DDR gab es 1981 eine Volkszählung. Seitdem behilft man sich bei der Ermittlung der aktuellen amtlichen Einwohnerzahl mit einem statistischen Verfahren, der sogenannten Bevölkerungsfortschreibung. Doch dieses Verfahren wird umso ungenauer, je älter die grundlegenden Daten sind. Und seit den letzten Volkszählungen ist viel passiert: der Mauerfall, der Umzug vieler Menschen von Ost nach West, eine rasant fortschreitende europäische Integration.

Derzeit wird die Bevölkerungszahl Deutschlands insgesamt wahrscheinlich um ca. 1,3 Millionen Menschen überzeichnet. Das hat von Region zu Region unterschiedliche Auswirkungen: Einige Städte haben eine stärker überhöhte Einwohnerzahl als andere. Dies hat beispielsweise große Folgen für die Verteilung von Steuermitteln, die sich nach der Einwohnerzahl richtet.

Mehr Informationen auch unter www.zensus2011.de